

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin. Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m. b. H.).

NUMMER 164 B

BERLIN • Freitag, den 15. Juli 1932

1. JAHRGANG

# Planmäßige Ehrabschneiderei der NS.

## 1. Aus einem Antrag der preußischen Abgeordneten

Kube, Hinkler, Lohse (Altona), Haake, Dr. Freisler und die übrigen Mitglieder der Fraktion der NSDAP: „... so kommt hinzu, daß die Frau des Bernhard Weiß, wie in Berlin öffentliches Geheimnis ist, das notorische Verhältnis des Krojanker ist.

Selbst wenn B. Weiß das nicht glauben sollte, ist ihm doch bekannt, daß man in Berlin allgemein der Ansicht ist, daß intime Beziehungen zwischen Krojanker und der Frau des B. Weiß bestehen. Es ist deshalb um so unverständlicher, daß Weiß sich von diesem Krojanker aushalten ließ.

Da dieses Verhalten jedes Gefühl für Würde vermissen läßt, beantragen wir:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, auch wegen dieses Verhaltens des B. Weiß das Dienststrafverfahren gegen ihn mit dem Ziele der Dienstentlassung zu betreiben.“

## 2. Ein Brief Severings.

Am 12. Juli hat der preußische Innenminister an den Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß folgenden Brief geschrieben:

Sehr geehrter Herr Polizeivizepräsident! Zu meinem größten Bedauern entnahm ich aus dem mir vorliegenden Antrag Nr. 573 der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei des Preußischen Landtages vom 6. Juli d. J., daß neben weiteren offensichtlich haltlosen Vorwürfen gegen Sie auch Behauptungen vorgebracht werden, die eine unerhörte Beleidigung ihrer Gattin darstellen. Da diese Behauptungen unter dem Schutze der Immunität aufgestellt worden sind und ihre Widerlegung von einem Disziplinarverfahren zu erwarten ist, zu dem jeder Anlaß fehlt, ist es für Sie sehr schwer, Ihrer Gattin für die Verunglimpfung sofort eine äußere Genugtuung zu verschaffen. Ich möchte Ihnen deshalb sagen, daß alle sachlich und rechtlich Denken- und alle anständigen Menschen, selbst unter Ihren politischen Gegnern, gleich mir von der widerwärtigen, rein demagogischen Verunglimpfung Ihrer Gattin nur mit dem Gefühl höchster Entrüstung Kenntnis nehmen und diese Kampfesweise auf das schärfste verurteilen werden. Eine an den politischen Kämpfen völlig unbeteiligte Frau mit derartigen Anwürfen zu beleidigen,

läßt eine Gesinnung erkennen, die bisher in Deutschland im politischen Meinungsstreit glücklicherweise noch niemals hervorgetreten ist.

Von Hermann Lingg ist mir ein tapferes Gedicht „Gegen die Gemeinheit“ bekannt, das mit der Strophe schließt:

„Die Gemeinheit streckt dich nieder, denn sie zielt so gut

[versteckt;

Und sie siegt, siegt immer wieder, bis sie an sich selbst

[verreckt!“

Lassen Sie sich nicht niederstrecken! Die Gemeinheit nähert sich dem Stadium, in dem sie an sich selbst verreckt.

Indem ich Sie bitte, auch Ihrer Gattin aus Anlaß des vorliegenden Falles mein Mitempfinden zum Ausdruck zu bringen, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr

gez. Severing.“

## 3. Aus einem Brief der „Holzarbeiter-Zeitung“.

an einige Nazis, die die „Holzarbeiter-Zeitung“ aufgefordert hatten, für ihre Behauptungen über zwei Nazi-Führer den Wahrheitsbeweis anzutreten (es handelt sich um den Reichstagsabgeordneten Ludwig Münchmeyer und den Brandenburger SA-Führer Wilhelm Nilges):

Ludwig Münchmeyer ist vom Schöffengericht Emden am 7. Mai 1926 mit drei Monaten Gefängnis wegen Verleumdung und Sittlichkeitsvergehens bestraft worden. In dem Urteil heißt es unter anderem: Münchmeyer hat sich wiederholt an Frauen herangemacht und sie sich teils „unter Ausübung eines unzulässigen Druckes, teils indem er sich als reicher Kaufmann ausgab“, gefügig machen wollen! ... Weiter hat M. sich wiederholt als Arzt und medizinischer Sachverständiger ausgegeben, ebenso als Jurist, ohne jemals Medizin oder Jura studiert zu haben. Diese Behauptungen, die „wiederholt von Münchmeyer abgegeben wurden, waren wesentlich falsch und eine Lüge und eines Geistlichen durchaus unwürdig“. Ferner hat M. „unter der lächerlichen Ausrade, eine Narbe am Körper eines jungen Mädchens kontrollieren zu wollen, unsittliche Berührungen vorgenommen“.

Wilhelm Nilges ist, bisher, soweit wir erfahren konnten, folgender Verbrechen überführt, und er hat dafür die angegebenen Strafen erhalten:

17. September 1918 vom Schöffengericht Magdeburg einen Verweis wegen Diebstahls;

5. Oktober 1914 vom Schöffengericht Brandenburg einen Monat Gefängnis wegen Diebstahls;

5. August 1915 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Monate Gefängnis wegen Diebstahls;

8. Dezember 1915 vom Landgericht Magdeburg sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls;

28. März 1916 von der Strafkammer Brandenburg unter Einrechnung der vorstehenden Strafe ein Jahr vier Monate Gefängnis wegen wiederholten einfachen und schweren Diebstahls;

14. Mai 1918 von der Strafkammer Brandenburg ein Jahr sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls und Bedrohung;

12. Dezember 1919 vom Landgericht III Berlin ein Jahr Gefängnis wegen schweren Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle;

3. April 1925 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust wegen Diebstahls im Rückfalle;

16. April 1925 vom Amtsgericht Brandenburg neun Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfalle;

31. Juli 1925 von der Strafkammer Köln neun Monate Gefängnis wegen Betrugs;

7. August 1925 vom Amtsgericht Bremen vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfalle;

18. August 1925 vom Schöffengericht Wesermünde/Geestemünde ein Jahr Zuchthaus wegen Diebstahls im Rückfalle; die beiden letzten Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von

drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust zusammengezogen. Der Ehrverlust läuft bis zum 27. Februar 1933;

13. Juli 1928 vom Schöffengericht Brandenburg acht Monate Gefängnis wegen versuchten und vollendeten Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle.

Alles in allem ergeben sich für den Herrn SA-Führer Nilges: drei Jahre Zuchthaus, acht Jahre drei Monate Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust, ein Verweis in insgesamt dreizehn kriminellen Straffällen!

In dem Brief der „Holzarbeiter-Zeitung“ heißt es zum Schluß:

„Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben. Sollten Sie noch weitere Beweise dafür haben wollen, daß in der Hitler-Partei zahlreiche kriminelle Verbrecher eine Rolle spielen, dann stehen wir gern zur Verfügung.“ Die Adresse der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

## Muß Spanien den Weg der deutschen Demokratie gehen?

Von Hilde Meisel.

Kürzlich ist in französischer Sprache ein Buch über Spanien erschienen, in dem die spanische Revolution kritisch betrachtet wird. („Critique de la Révolution Espagnole“ von Cesar Falcon. Erschienen 1932 bei Stock, Paris.) Falcon ist ein spanischer Revolutionär und Sozialist, der zur Zeit der Diktatur in Frankreich gelebt hat und nach dem Sturz Primo de Riveras nach Spanien zurückgekehrt ist. Dies Buch ist für deutsche Genossen deswegen besonders interessant, weil es lehrreiche Vergleiche mit der deutschen Revolution von 1918 ermöglicht; deren Fehler scheinen sich in ebenso verhängnisvoller Weise in Spanien zu wiederholen. Falcon schildert vor allem das Verhalten der an der Revolution beteiligten Parteien; über den Einfluß der Massenbewegungen und ihren Anteil an der Revolution weiß er leider nicht viel zu berichten, obwohl zweifellos hieraus die stärksten Kräfte für die Revolution entspringen sind.

Wie kam es zur Revolution? Die SPS ist, im Gegensatz zu den übrigen Arbeiterparteien, während der Diktatur Primo de Riveras nicht verboten gewesen. Kurz nach der Machtergreifung Primo de Riveras schickte dieser einige Offiziere in die Büros der SPS, die deren Führer die Pistole auf die Brust setzten und ihnen erklärten, daß die Büros sofort geschlossen und die Partei verboten werden würde, wenn die Partei sich gegen die Diktatur wende. Die SP fügte sich dieser Drohung und hat sich auf diese Art die Legalität erkauft.

Der Mangel an fast jeder Freiheit, die große Unterdrückung durch Regierung, Kapitalisten und Großgrundbesitzer machte die Massen in Spanien zu erbitterten Feinden der Diktatur. Auch ein großer Teil des Bürgertums wollte sich von dem herrschenden Regime befreien, vor allem deswegen, weil die Wirtschaft und also die Kapitalisten völlig von der Monarchie abhängig waren; durch Verordnungen konnten König oder Diktator Industrien schaffen und vernichten, Monopole für die Produktion bestimmter Waren verleihen und die Herstellung anderer Waren verbieten. Allerdings sind die Industriellen nur in wenigen Fällen in der Revolutionsbewegung selber hervorgetreten; zumeist ließen sie ihre Interessen durch ihre Freunde wahrnehmen, während sie selber sich „bescheiden“ im Hintergrund hielten.

Die SPS schloß sich der revolutionären Bewegung des Bürgertums an. Gegen dieses Bündnis protestierten viele Mitglieder der Partei. Der Beschluß, sich der Revolutionsbewegung anzuschließen, war im Generalkongress der Partei überhaupt nur zustande gekommen, weil einige seiner Mitglieder abwesend waren. Als die Frage, ob die SP von dem gemeinsamen Revolutions-Komitee zurücktreten sollte, später wieder diskutiert wurde, beschloß man — und das ist bezeichnend — diesem aus folgendem Grund weiter anzugehören: Die Delegierten der SP hätten schon ziemlich genaue Kenntnis von der gehalten revolutionären Tätigkeit des Komitees, und das sei es doch wenig anständig, wenn sie plötzlich zurückträten.

Einige Mitglieder der SPS, die gegen die Revolution waren, fügten sich weder den Beschlüssen der Partei, noch verließen sie diese. Trotzdem ließ man ihre Führer, wie z. B. Besteiro, Saborit, Gomez und Sanchez, in füh-

## Die Politik der bayerischen Katholiken.

„Der Obrighkeitsstaat muß wieder her!“ — der monarchische Obrighkeitsstaat des föderalistischen Deutschland Bismarcks; in diesem Sinne muß in Deutschland umgebaut werden.

Mit diesen Ausführungen klärte der bayerische Bauernführer Heim diejenigen auf, die von Bayern her Hilfe gegen die Umwandlung Deutschlands in einen militärischen Obrighkeitsstaat erwarten.

Auf die Frage, ob bei einer nationalsozialistischen Mehrheit im Reichstag die Gefahr einer Separation (Abtrennung) Bayerns bestehe, antwortete Heim dem Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“ (demgegenüber er jene Ausführungen machte): die Gefahr der Separation Bayerns, sehe er nur dann, wenn der Bolschewismus in gewissen Teilen des Reichs hochkomme, und diese Teile sich damit von Bayern abtrennten.

Das heißt also: mit Schleichers, Gayls und anderer Pläne zur Militarisierung Deutschlands, also z. B. mit den Plänen der Arbeitsdienstpflicht, sind die Bayern-Führer

ganz einverstanden. Sie möchten dabei nur ihre königlich bayerische Selbständigkeit haben. Ihren Gegner sehen diese Bayern — ebenso wie Schleicher und Gayl — in erster Linie in der KP. Und wie stehen sie zu Hitler? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit im Augenblick.

Am Dienstag fand in München eine „Bayernwacht“-Kundgebung der Bayerischen Volkspartei statt.

Innenminister Stützeli betonte, die Bayernwacht müsse jetzt heraus in die Öffentlichkeit, um die eigenen Freunde vor Terrorakten zu bewahren.

Landtagsabgeordneter Hundhammer kündigte an, daß es nicht mehr lange dauern werde, bis 100 000 junge Männer in den Reihen der Bayernwacht stehen. Die katholischen Burschenvereine mit 50 000 Mitgliedern und die katholischen Gesellenvereine mit über 20 000 Mitgliedern seien bereit, in die Bayernwacht einzutreten. Aber auch die älteren Bayern würden zur Stelle sein, wenn Gefahr drohe

renden Stellungen in der Partei und verhinderte nicht einmal, daß sie die Arbeit sabotierten.

Bei diesem Bündnis mit dem revolutionären Bürgertum haben die Sozialisten diesem die Führung der Bewegung gänzlich überlassen. Die Männer, die an der Spitze standen, waren vor allem Alcalá Zamora und Maura, die noch heute mit an der Spitze der spanischen „Arbeiterrepublik“ stehen. Beide sind sie ehemalige Monarchisten, die — nach Falcons Ansicht — nur zu Republikanern geworden sind, weil sie erkannten, daß es mit der Monarchie vorbei war. Sie haben sich alle Mühe gegeben, die Revolution von den Massen fernzuhalten. Als einmal im Revolutions-Komitee vorgeschlagen wurde Kampfbataillone unter der Bevölkerung zu bilden, drohte Alcalá Zamora, sofort sein Amt in dem Komitee niederzulegen, wenn dieser Vorschlag durchgeführt würde. Bei der gemeinsamen Arbeit mit dem Militär kam man nie weiter als bis zu den Generälen. Von unteren Offizieren oder gar Soldaten hielt das Revolutions-Komitee sich völlig fern. Alcalá Zamora und seine Freunde wollten eben keine Gesellschaftsordnung stürzen, sondern nur eine Regierungsart gegen eine andere eintauschen. Auch der SPS war an einem organisierten Aufstand nicht gelegen, da sie, wie 1918 die SPD meinte, die Interessen der Arbeiter zusammen mit den bürgerlichen Republikanern nur in der Nationalversammlung vertreten zu sollen.

Trotzdem gelang es nicht, die Revolution allein in den Konferenzzimmern des Komitees auszutragen. Als am 12. Dezember 1930 der Aufstand von Jacca ausbrach und von der Regierung Berenguer niedergeschlagen wurde, war die Massenbewegung nicht mehr aufzuhalten. Die Führer dieses Aufstandes wurden hingerichtet. Sie hatten gehofft, durch ihr Vorgehen in Jacca die Revolution zu entfesseln, da sie zu dem Komitee in Madrid kein Vertrauen mehr hatten. Nach diesem Ereignis brach in vielen Teilen des Landes der Generalstreik aus, eine Streikwelle setzte ein, und Falcon ist der Ansicht, daß diese Bewegung ausschlaggebend war für den Sturz Berenguers, des Nachfolgers Primo de Riveras. Die Sozialisten spielten in den Streiks nur eine sehr geringe Rolle oder beteiligten sich überhaupt nicht daran. Die Führung der Massenbewegung überließen sie fast völlig den Syndikalist.

Die Gefahr, daß die Revolution zum Bürgerkrieg führen könnte, hat die SPS — genau wie die SPD! — über alles gefürchtet und darüber die andere Gefahr völlig verkannt, die ihr von rechts her drohte und noch droht. Sie hat sich daher nicht dagegen gewehrt, daß diejenigen, die zu Republikanern wurden, als sie sahen, daß durch die Monarchie nichts mehr zu gewinnen war, mit offenen Armen bei den Revolutionären empfangen wurden; sie duldet es, daß diese hohes Ansehen in der „Arbeiter“-Republik genießen und sogar mit besonderer Vorliebe mit hohen Staatsämtern betraut werden. Dies schwächliche Verhalten der spanischen Sozialdemokraten ist um so mehr zu verurteilen, als die Erfahrungen der deutschen Revolution von 1918/19 ihnen nicht unbekannt geblieben sein dürften. Steht doch das Ende der nunmehr vierzehnjährigen demokratischen Entwicklung mit dem Faschismus als letztem Glied in der Kette der Niederlagen der Arbeiterschaft als warnendes Signal vor jedem Sozialisten!

Die Handhaben zur Unterdrückung der Arbeiter sind auch in Spanien bereits geschaffen. Auch ein Republikanisches Schutzgesetz fehlt zu diesem Zweck nicht; zum Beweise seines revolutionären Charakters hier der Absatz 9 des ersten Artikels dieses Gesetzes:

„Als Angriffe gegen die Republik werden betrachtet und als solche diesem Gesetz unterworfen:

... Streiks, die nicht 8 Tage im voraus angekündigt worden sind, vorausgesetzt, daß in dem besonderen Gesetz keine weiteren Fristen vorgesehen sind; Streiks, die wegen anderer als Arbeitsfragen geführt werden und solche, denen keine Schiedsgerichts- und Schlichtungsverhandlungen vorausgegangen sind.“

Diejenigen, die sich eines der Verbrechen schuldig gemacht haben, das nach diesem Gesetz als Angriff auf die Republik angesehen wird, können deportiert und verbannt werden für eine Periode, „die die Geltungsdauer dieses Gesetzes nicht übertrifft“ — wenn das Gesetz lange genug in Kraft bleibt, also unter Umständen auf Lebenszeit. Besonders von

der Möglichkeit der Deportation wird schon jetzt reichlich Gebrauch gemacht, — was wohl für die Bevölkerungszunahme der spanischen Kolonien sehr nützlich ist. Der Innenminister ist auch ermächtigt, die Presse- und Versammlungsfreiheit aufzuheben, Versammlungen aufzulösen u. s. w., wenn das im Interesse von Ruhe und Ordnung erforderlich ist.

Auch die faschistische Partei ist schon entstanden, wenn sie auch noch sehr klein ist. Ihr Führer ist Ramiro Ramos und ihr Organ eine Wochenschrift mit dem vielversprechenden Namen „Die Eroberung des Staates“. Diese Partei will ein junges und neues Spanien, das von den imperialistischen Gelüsten der Großmächte befreit, in Nationalismus vereint ist, und in dem Parlamentarismus und Liberalismus keinen Platz mehr haben.

Angesichts der großen Gefahren, die der spanischen Republik drohen und den geringen organisierten Kräften, die diesen Gefahren entgegen stehen, ist zu befürchten, daß die Demokratie in Spanien noch schneller, als es in Deutschland der Fall war, wieder einer Diktatur von rechts Platz machen wird. Denn, wenn auch die Arbeiter, vor allem die Syndikalist, schnell zu Streiks bereit sind, so fehlt ihnen doch die zentrale Führung, die diese Kampfkraft zur Abwehr der Reaktion richtig einsetzt.

Wie die Arbeiter in Deutschland die Gefahr, die ihnen von seiten der Kirche droht, nicht genügend wahrgenommen haben, so steht es auch mit Sozialisten, wie Falcon, in Spanien.

Das zeigt sich z. B. bei der Beurteilung der Autonomiebewegung, die in vielen Provinzen eine Rolle spielt. Falcon schließt sich ihr an, ohne im Geringsten zu erklären, inwiefern die Autonomie im Interesse der Arbeiter liegt. Auch bei Trotzki finden wir eine ähnliche Stellung zu dieser Frage in seinen Broschüren über die spanische Revolution und seinen Briefen an spanische Revolutionäre. Trotzki ist der Ansicht, daß die Bewohner der betroffenen Provinzen das Recht auf Autonomie haben. Er schlägt daher vor, dort Volksentscheide über diese Frage vorzunehmen.

Weder Falcon noch Trotzki untersuchen die Frage, ob die Autonomiebewegung vielleicht nur von der Kirche hervorgerufen worden ist, um deren Einfluß auf die Bevölkerung zu vergrößern. In den baskischen Provinzen ist dies bestimmt der Hintergrund der Autonomiebewegung, und auch bei der Autonomiebewegung in Elsaß ist dieser Einfluß völlig ausschlaggebend. Trotzki geht an die Frage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Propaganda heran, die die Kommunisten mit dergleichen populären Parolen machen könnten, und denkt offenbar nicht darüber nach, ob sie damit nicht zu Helfershelfern der Katholiken werden. Bei Falcon vermißt man überhaupt jede Begründung.

Falcon hat in seiner kritischen Darstellung der Ereignisse der spanischen Revolution sicher in vielem recht; einen gangbaren Weg, wie die begangenen Fehler vermieden werden und eine bessere Politik hätte durchgesetzt werden können, zeigt er aber nicht.

## Der französische Senat gegen ausländische Arbeiter.

Der französische Senat befaßte sich am Dienstag mit einem von der Kammer verabschiedeten Gesetz über den Schutz der einheimischen Arbeiter gegen die Konkurrenz von Ausländern.

Die Kammer hatte in diesem Gesetz die Einstellung ausländischer Arbeiter bis zu 5 Prozent der beschäftigten Arbeiter zugelassen für solche Unternehmen, die zu öffentlichen Arbeiten herangezogen werden. Der Senat beschränkte die Zulassung von Ausländern auf die Unternehmungen, die ständige Ausfühler öffentlicher Arbeiten, nicht nur gelegentliche Mitarbeiter seien.

Die Kammer hatte die ausländischen Arbeiter in fünf Klassen eingeteilt und die Einstellungsmöglichkeit für jede Klasse gesondert behandelt. Der Senat lehnte diese Klasseneinteilung überhaupt ab, da sie nur den Anlaß biete, die Einstellungsmöglichkeiten für Ausländer auszuweihen.

Auch die Sonderrechte, die von der Kammer politischen Flüchtlingen und den ausländischen Eltern französischer Kinder zubilligt worden waren, wurden vom Senat wieder aufgehoben.

Der vom Senat verabschiedete Text ermöglicht es Ausländern nur in seltenen Ausnahmefällen und auch dann nur

für eine streng beschränkte Dauer, in Frankreich Arbeit zu finden und sich dort niederzulassen.

### Das Finanzprogramm vor dem Senat.

Am Mittwoch und Donnerstag befaßte sich der französische Senat mit dem von der Kammer verabschiedeten Finanzprogramm; am Freitag wird die Plenarsitzung des Senats darüber beraten. Herriot, der zu Beginn der Ausschußberatungen das Programm vor dem Senatsausschuß verteidigte, erklärte auf eine Frage des Vorsitzenden dieses Ausschusses, daß der vorliegende Text zwar nur zu einem Teil dem Wunsch der Regierung entspreche — der Haushaltsminister hatte ja dem Finanzausschuß der Kammer bei der zweiten Lesung des Programms Zugeständnisse gemacht, die von dem Regierungsentwurf abwichen —, daß das Programm aber doch die erste Etappe auf dem Weg zur Gesundung der französischen Finanzen darstelle.

Man rechnet damit, daß der Senat eine Reihe von Artikeln, die von der Kammer gegen den Willen der Regierung abgetrennt oder zurückgewiesen worden sind, wieder einführen wird, um die ursprüngliche Höhe der Einsparungen wieder zu erreichen.

## Mandschuren fordert Abberufung russischer Beamter.

Charbin, 14. Juli.

Die mandschurische Regierung beschloß, dem russischen Generalkonsul in Charbin mitzuteilen, daß die Anwesenheit des Ingenieurs Rudy auf dem Posten des Leiters der Chinesischen Ostbahn für die mandschurische Regierung wegen seiner unfreundlichen Einstellung zum mandschurischen Staat unerwünscht sei. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß diejenigen sowjetrussischen Beamten, die sich in leitenden Stellungen bei der Chinesischen Ostbahn befänden, die mandschurische Regierung anerkennen müßten und die Arbeiten mandschurischer Behörden nicht erschweren dürften. Aus diesem Grunde bestche sie auf Abberufung des Ingenieurs Rudy und von 20 weiteren russischen Sowjetbeamten.

h Tschangschung, 14. Juli.

Die mandschurische Regierung hat die sowjetrussischen Beamten entlassen, die sich weigerten, bei der Besetzung der

Umschlagstelle der ostchinesischen Eisenbahn die Schlüssel herauszugeben. Die entlassenen Beamten wurden verhaftet; sie sollen abgeurteilt werden. Die Vertreter der mandschurischen Regierung erklärten, daß der Kampf gegen die kommunistische Propaganda jetzt rücksichtslos durchgeführt werde. Alle sowjetrussischen kommunistischen Verbände werden aufgelöst.

### Abfahrt nach Ottawa.

Am 21. Juli beginnt in Ottawa die Konferenz des britischen Weltreiches. Die englische Abordnung reiste am Mittwoch, dem 13. Juli von Southampton nach Kanada ab. Zu dieser Abordnung gehören u. a. Baldwin, Chamberlain, der Dominien-Minister Thomas, der Handelsminister Runciman. Auf demselben Schiff fahren auch die Vertreter Indiens, Südafrikas und Australiens; insgesamt sind 187 Teilnehmer der Konferenz an Bord.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

30)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„He, Job, nu aber los, ran hier die Kohlen!“  
„Das geht ja gar nicht heute, was ist denn los?“  
„Der kann hinten nicht hoch, das kommt davon!“  
„Das kommt davon — von dem Grünkohl heute Mittag!  
Und die Marmelade abends, von der kriegt man auch nichts in die Knochen!“  
„Den Grünkohl habe ich gleich wieder ausgekotzt, so ein Fraß!“

„Nu mach schon, der Schlackendreck, der verfluchte — weg damit endlich! Wie lange soll das Zeug noch hier rumliegen?“

Job füllt die Eisenputze mit Schlacken. Er ruft den zweiten Trimmer; beide schleifen die Putze zum Aufzugschacht und hängen sie an die Winde.

„Achtung, ruft ein Heizer, ein baumlanges Kerl und reißt die Stange, die beim Aufwuchten der Schlackenkruste krumm geworden ist, aus dem Feuer heraus und schleudert sie auf die Fliesen hin: „Das soll ein Schüreisen sein — so ein Dreck, so ein verdammter, weich wie Butter!“

Der Heizer wischt sich die Stirn ab:  
„Job, gib mal den Negerschweiß her!“

Job bringt dem Langen die Kaffeekanne. Der trinkt, vorher rahmt er mit dem Handrücken den Kohlenstaub von der schwarzen Brüste ab.

Dampf für zwölf Meilen Marschfahrt — das ist zum Aushalten, das ist Arbeit, bei der man sich auch mal grade recken, bei der man sich auch mal verschlafen kann. Beim Dampf machen für 24 Meilen in der Stunde denken die Heizer nicht mehr daran, miteinander zu reden. Dann kleben die nassen Fetzen nur so an den Schenkeln, die Muskeln zittern, die Zungen hängen wie Stücke Holz in den Mäulern.

„Für zwölf Meilen — das ist Sache, was?“

„Ja, wenn's nach Anker auf bloß nicht mehr wird!“

„Daß wir überhaupt noch mal rausfahren...“  
„Weit geht's auch nicht, bloß bis Helgoland!“  
„Wir fahren nur als Deckung für die Minenfischer!“  
„90 U-Boote sind noch draußen. Die kennen die Fahrstraße nicht. Die sollen wir reinholen! Das weiß ich vom Posten Brücke. Und der hat's vom Kommandanten gehört!  
Der lange Heizer Raumschuh holt einen Priem vor:  
„Da, beiß dir auch mal einen ab, Job!“  
Der Trimmer heißt eigentlich Jakob, mit seinem ganzen Namen Jakob Bonczyk. Die Heizer rufen ihn kurz Job, oder Brummschick, oder auch Brummschädel.  
„Und wenn die U-Boote drin sind, dann ist's vorbei!“  
„Dann hat der Dreck ein Ende, dann ist Frieden!“  
„Mensch, Junge — Frieden! Wie das bloß ist?“  
„Wo bleibst du denn nachher ab, Brummschädel?“  
„Ich? Ich geh nach Herne, wieder in' Kohlenputt!“  
„Letzten Urlaub in Berlin, da hab ich mir so ein Puppchen angelacht...“

Der wachhabende Obermaat betritt den Heizraum. In seiner hellen Uniform hebt er sich von den verschmierten Gestalten vor den Feuern ab: „Ihr habt wohl nichts zu tun, was? Raumschuh, machen Sie mal auf!“

Heizer Raumschuh macht die Feuerungstür auf:  
„Ein Feuerchen — jawohl, das kann der Obermaat sich mal ansehen!“

„Ganz egal, steht hier nicht rum — ran, aufschleusen!“  
Die Heizer holen die langen Schleusstangen; sie öffnen die Feuerungsklappen, stoßen die Stangen in die Glut und brechen langsam ihre Feuer auf.

„Ein Puppchen, dufte sage ich dir!“  
„Die sind doch alle egal — Loch ist Loch!“

„Das sag nicht! Ich kenne sie eigentlich schon von früher. Aber das war bloß so von weitem. Diesmal bin ich ihr dichter an die Haut rangekommen. Naja, einen Alten hat sie, dem paßt das nicht ganz. So ein oller SPD-Knochen, du weißt schon, einer mit so 'ne Gipakrawatte — der will keinen Arbeiter, der will 'was Besseres' für seine Tochter haben!“

Raumschuh spuckt einen Mund voll Priemsauce aus. Die Feuerungstür zischt leise auf: „Aber dem werden wir den Giftzahn schon ausbrechen! Das glaubst du doch, was Job?“

„Na und ob, aber ganz sicher!“  
„Mensch, Brummschädel, da kommt mir ein Gedanke! Eigentlich kannst du nach Berlin mitkommen — ich fackel nämlich nicht lange, da wird gleich geheiratet. Und dabei kannst du dir mal richtig den Arsch volllaufen!“  
„Ein Gedanke, ein guter Gedanke, Karl!“  
„Nach Herne, in dein dreckiges Kohlenloch, da kommst du immer noch früh genug wieder rein!“  
Bonczyk wird von dem Obermaat weggerufen:  
„Der Trimmer da, kommen Sie mal her! Räumen Sie die Stangen hier weg!“

Raumschuh macht sich an seinem Feuer zu schaffen. Er hat einen Rost entdeckt, der etwas verrutscht ist. Er holt sich eine Zange, um den Rost damit wieder an den richtigen Platz zu drücken.  
Die Maschinenzentrale wird von der Kommandobrücke angeklingelt. Der leitende Ingenieur aus der Zentrale gibt durch die Sprachschläuche an die Maschinen- und Heizräume weiter:

„Dampf für 14 Meilen!“  
„Dampf für 16 Meilen!“  
Der Obermaat hängt den Sprachschlauch wieder an:  
„Da habt ihr's, aber jetzt ein bißchen Bewegung — Dampf! Dampf!“

„Wieso mehr Dampf?“  
„Verstehst du das, Karl?“  
„Den Teufel versteh ich!“

„Zum Minenfischen langen doch 12 Meilen!“  
„Und zum U-Boote Reinholen doch auch!“  
„Was ist denn nu eigentlich los, wieso mehr Dampf, Herr Obermaat?“

„Machen Sie gefälligst Ihre Arbeit und kümmern Sie sich nicht um andere Angelegenheiten!“

Raumschuh sieht dem Obermaat nach:  
„Ach so? Ich dachte die Zeiten sind vorbei! Wir werden uns aber ganz verflucht um diese Angelegenheit kümmern. Jungens, da ist was nicht echt, da is was im Gange!“

(Fortsetzung folgt.)

## Arbeitsdienst-Verordnung fertig.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Mittwoch nach Vortrag des Reichsarbeitsministers eine Verordnung über den „freiwilligen Arbeitsdienst“. Die Verordnung wird veröffentlicht werden, nachdem sie dem Reichsrat zur Kenntnis gebracht worden ist.

Ueber die „Freiwilligkeit“ des Arbeitsdienstes hat sich Goerdeler, dessen Grundsätze nach Mitteilungen der Regierungspresse von dem Regierungsentwurf im wesentlichen übernommen sein sollen, folgendermaßen geäußert:

„Der Arbeitsdienst wird da wertvolle Wirkung leisten, wo er sich aus der Freiwilligkeit entwickelt. Je umfassender, desto wohltätiger.“

Eine Möglichkeit zur Befreiung vom Dienste am Volke, etwa vom 18. bis 30. Lebensjahr, dürfe nur körperliche Unfähigkeit darstellen. Eine Form des Loskaufens dürfe es nicht geben. Umfaßt müßten werden alle Jugendlichen, nicht nur die Arbeitslosen im technischen Sinne. In der öffentlichen Verwaltung erhalte nur der einen Arbeitsplatz, der am Arbeitsdienst einmal teilgenommen habe.“

## Gefängnis für rote Musikanten.

Fünf Arbeiter waren vor dem Schnellrichter in Neustrelitz angeklagt wegen vorsätzlicher Körperverletzung „aus politischen Gründen“. Es handelt sich um eine Schlägerei mit Nazis am 2. Juli, gelegentlich eines kommunistischen Umzuges.

Der Vorwurf der Vorsätzlichkeit wird dadurch nicht wahrscheinlicher gemacht, daß die Waffen, mit denen jene Genossen die Körperverletzungen ausführten, folgende waren: eine Trompete, ein vierkantiges Stück Holz, ein Schläger eines Musikinstrumentes und ein Tambourstock.

Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Die anderen erhielten Gefängnisstrafen von vier Monaten, drei Monaten und einem Monat; und zwar erhielt Kort, der den „Vorsatz“ gefaßt hatte, mit der Trompete seinem Gegner eine Körperverletzung beizubringen, die höchste dieser Strafen.

Um dieses Urteil noch heller zu beleuchten, wäre es gut, Urteile gegen Nazis wegen ähnlicher Fälle heranzuziehen. Uns ist aber nicht erinnerlich, daß Verurteilungen von Nazis wegen solcher Fälle bekanntgeworden wären. Selbst von Verhandlungen gegen die Nazis, die in den ersten Julitagen und kurz vorher politische Gegner getötet haben — und zwar nicht mit Musikinstrumenten —, ist bisher nichts bekannt geworden.

Das anhaltische Staatsministerium hat nunmehr auch die „Volkswehr“ in Bornburg auf acht Tage verboten, ebenso die sozialdemokratischen Kopfbücher in Zerbst und Köthen, den „Volksfreund“ und den „Volkswille“.

## Severing rafft sich auf.

Sonntagspredigt über den Mißbrauch von Waffen.

### An die Regierungspräsidenten.

Angesichts der blutigen Zusammenstöße des letzten Sonntags hat der preußische Minister des Innern die Regierungspräsidenten ersucht, die für Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni d. J. zuständigen nachgeordneten Polizeibehörden mit folgender Anweisung zu versehen:

„In jedem Fall der Anmeldung einer Veranstaltung, insbesondere von Veranstaltungen und Aufzügen unter freiem Himmel, ist scharf zu prüfen, ob ausreichende Polizeikräfte zum Schutz der Veranstaltung und ihrer Teilnehmer auch auf dem Hin- und Rückweg, an den An- und Abmärschen und Lastwagenfahrten gegen Ueberfälle oder andere Gewalttätigkeiten der Versammlungsteilnehmer selbst während oder auch vor oder auch nach der Versammlung zur Verfügung stehen. Im anderen Fall soll ein Verbot der Veranstaltung erlassen werden.“

### An die Polizeipräsidenten.

Der preußische Minister des Innern hat an alle Polizeibehörden folgenden Funkspruch erlassen:

„Die täglich sich mehrenden Gewalttätigkeiten, besonders auch unter Verwendung von Schußwaffen, machen schärfstes Vorgehen gegen unbefugten Waffenbesitz und unbefugtes Waffenführen erforderlich.“

Alle Polizeibehörden haben sich der durch § 17 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gegebenen Handhabe (Verhaftung bei unerlaubtem Waffentragen. Red.) gegen das unbefugte Führen von Waffen in jedem Fall unnachsichtlich zu bedienen und polizeiliche Haft gegen mit Waffen Betroffene auf die längst mögliche Dauer anzuordnen.

Es muß mit allen Mitteln angestrebt werden, Schuß-, Hieb- und Stoßwaffen demjenigen aus den Händen zu nehmen, die Gewalttätigkeiten im politischen Kampf nicht ablehnen. Dabei erwarte ich von den Polizeiverwaltern, daß die strenge Durchführung dieser Maßnahmen gegen gewalttätige Elemente nicht zu einer Störung des politischen Lebens der friedfertigen Staatsbürger führt. Innenminister Severing.“

### „An die Bevölkerung“

hat Severing einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Wer die Tätigkeit unserer Polizei aufmerksam verfolgt und gerecht beurteilt, wird zugeben müssen, daß sie in diesen Unruhezeiten mehr als ihre Pflicht tut. Aber Wunder verrichten kann auch die Polizei nicht. Sie kann Blutvergießen verfolgen, die Täter verhaften und dem Richter zuführen. — die politischen blutigen Kämpfe verhindern kann die Polizei nur dann, wenn Frauen und Männer aller Parteien

diese entsetzliche Entartung politischer Meinungskämpfe einmütig ablehnen und verabscheuen.“

Man verlangt Sicherheit, — mit Recht; die Polizei wird sie mit allen Kräften aufrechterhalten, aber die größte Sicherheit der Staatsbürger beruht auf dem Verzicht, die Sicherheit der anderen zu bedrohen.

Man spricht von Selbstschutz; aber der wirksamste Selbstschutz ist die Selbstzucht. Jeder andere vermeintliche Selbstschutz muß schließlich zu brutalstem Faustrecht führen, und neue Blutströme würden seine unausbleibliche Folge sein. Aber es darf kein Blut mehr fließen.

Ich richte darum an alle, die guten Willens sind, die dringende Bitte, der ruhigen Besonnenheit wieder Eingang ins politische Ringen zu verschaffen. Wenn die Führer aller politischen Parteien und Verbände mithelfen, jeden Versuch gewaltsamer Auseinandersetzung zu unterdrücken, und zu brandmarken, dann wird dem Morden Einhalt geboten und Deutschlands Ansehen in der Welt wiederhergestellt werden können.“

Severings neue Erlasse an Regierungspräsidenten und Polizeibehörden geben der Polizei keine neuen Befugnisse gegen die Nazis. Es kommt darauf an, daß die Polizei die Befugnisse, die sie gegen die Nazis bereits anwenden könnte, wirklich anwendet. Und daß sie das tut, ist in erster Linie eine Sache des Vorgehens Severings selber. Er hat dies vermissen lassen. Ist es dann ein Wunder, wenn unter seinen Polizeibeamten die Stimmung aufkommt, daß ihr Chef selber das Rennen gegen die NS aufgegeben hat, daß also nichts mehr zu machen ist, daß man sich klugerweise freundlich mit den Nazis stellt?

Wenn Severing in dem Aufruf an die Bevölkerung behauptet: die Polizei tue mehr als ihre Pflicht, so ist der Satz in dieser Allgemeinheit jedenfalls falsch. Gestern erst berichteten wir über einen Fall, in dem die Polizei in bezug auf den Schutz eines Genossen gegen SA weniger getan hat als ihre Pflicht.

Der Aufruf an die Bevölkerung enthält das Bekenntnis, daß die Polizei unter den gegenwärtigen Umständen blutige Kämpfe nicht verhindern könne; denn: „verhindern kann die Polizei — — — nur dann, wenn Frauen und Männer aller Parteien (also auch der NSDAP!) diese Entartung ablehnen“. Dann aber wäre die Polizei überflüssig.

Die Antwort, die Severing denen, „die guten Willens sind“, auf die Frage erteilt, welchen Schutz sie vom Chef der Polizei erwarten können, ist also nicht ermutigend.

## Nazi-Kultur und -Politik.

### Klagges klagt an!

Im Kampf um die Plätze auf der Narrenbühne.

RO. Braunschweig, 13. Juli.

Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Die Nazis brauchen Agitationsstoff; und da ist es kein Wunder, wenn täglich neue Fälle von „Korruption“ bei den Gegnern der NS aufgedeckt werden.

Der ehemalige sozialdemokratische Finanzminister, der Rechtsanwalt Dr. Jasper, wird schon seit langem öffentlich beschuldigt, bei der Finanzierung des Wohnblockes „Bebelhof“ mit Staatsgeldern parteiisch und leichtfertig umgegangen zu sein. Der Landtag hat einen Untersuchungsausschuß gebildet, der es unter der Führung des Deutschen nationalen Dr. Roloff schon zu einer Geschäftsordnung für seine Verhandlungen gebracht hat. Der Pg. Bertram hat inzwischen für „Aktenstudium“ 36 Mark eingestrichen. Die Verhandlungen selber aber sollen erst am 1. September beginnen. Dann sind nämlich die Parlamentsferien zu Ende, und außerdem können die Pgs. im Reichstagswahlkampf den „Fall Jasper“ schön für sich benutzen, ohne daß die Gefahr besteht, daß die Anschuldigungen noch vor dem 31. Juli amtlich widerlegt werden.

Neuerdings werfen die NS Jasper vor, daß er sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht habe. Herr Klagges hat ihm sogar schon die Auszahlung der Ministerpension gesperrt. Wie die Braunschweiger SPD-Zeitung — der „Volksfreund“ — schreibt, ist Jasper „einmal bummelig und saunselig“ gewesen und hat seine Steuererklärung nicht rechtzeitig beim Finanzamt eingereicht. Eine schöne Gelegenheit, um NSBO-Versammlungen zu veranstalten mit dem Thema: „Jasper als Steuerhinterzieher und Finanzminister a. D.“ Auch dieser Fall wird vor dem 31. Juli nicht aufgekärt werden.

Wenn es den Braunschweiger NS darauf ankommt, in ihrem Wahlkampf Korruptionsfälle zu schildern, so wollen wir ihnen dabei ein wenig behilflich sein und ihnen Fälle von Korruption nennen, die zum Teil schon ihre Erledigung gefunden haben:

Funke, nationalgesinntes „Stahlhelm“-Mitglied, betrügt die Kasse des Harzburger Rennvereins und einige Privatleute um rund 100 000 Mark.

Zimmermann, nationalsozialistischer Bankdirektor in Blankenburg, fälscht Bilanzen und Protokolle und verwirtschaftet 250 000 Mark, die seiner Bank anvertraut waren.

Wienecke, nationaler Bankbeamter in Calvörde, fälscht Bücher, macht Unterschriften nach und wandert wegen des Betruges mehrerer tausend Mark für ein Jahr und fünf Monate ins Gefängnis.

Schäfer, Ortsgruppenführer des „Stahlhelms“ in Neu-Oelsburg, unterschlägt 10 000 Mark, die der Gemeinde gehören.

Bunge, nationalsozialistischer Sturmbannführer in Gandersheim und Förderer der SS-Schule in Kreienzen, unterschlägt als Geschäftsführer der Innungskrankenkasse der Baugewerkinnung etwa 15 000 Mark.

Lüders, NS und Vorsteher des Braunschweiger Westbahnhofes, wird nach einer Kassenrevision beschuldigt, mehrere tausend Mark unterschlagen zu haben, die der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn gehören.

Wir wünschen Herrn Klagges guten Erfolg!

## Hochschule für den Tiefstand des öffentlichen Lebens.

Der Tiefstand des politischen Lebens in Deutschland wäre nicht möglich, ohne ein tiefgehendes Versagen des öffentlichen Erziehungswesens. Die deutsche Lehrerschaft sieht heute ihr Werk im Spiegel.

Wir teilen hier einige neue Tatsachen über die deutschen Hochschulen mit.

1. Der Berliner Universitätsrektor hat an die Studenten eine Bekanntmachung erlassen, in der es unter anderem heißt:

„Von ruchlosen Händen sind in der letzten Nacht Schleifen von den am Gefallenen-Denkmal niedergelegten Kränzen entfernt worden. ... Bewahrt die Ruhe! ... Die Täter werden auf strengste bestraft werden.“

Kein Wort über die Strafverfolgung derjenigen, die sich nicht an schwarz-weiß-roten Schleifen, sondern an linksstehenden Studenten neuerdings vergriffen haben.

2. Der Rektor hat den „Vertretern derjenigen Gruppen, deren Kränze beschädigt worden sind“, gestattet, an dem Gefallenen-Denkmal eine Ehrenwache aufzustellen. In der Nacht zum Mittwoch standen dann SA-Studenten in Uniform und Stahlhelme auf dem Universitätshof Wache. Zur Ablösung waren SA und andere Gruppen im Seitenflügel der Universität stationiert. Sie verfügten über die Schlüssel zu den Toren der für andere Studenten geschlossenen Universität.

3. Der Senat (Professorenkörper) der Universität hat bekanntgegeben, daß er diese Maßnahme des Rektors billige: „Er sieht in dieser Ehrenwache einen berechtigten und notwendigen innerakademischen Sühneakt.“

Weiter „erwarten Rektor und Senat mit Bestimmtheit (!), daß die Studierenden nunmehr die letzten für die Zukunft vieler Kommilitonen so entscheidenden Arbeits- und Examenwochen des Semesters in voller Ruhe durchführen.“

Es spricht nicht für die „Bestimmtheit“ dieser Erwartung, daß der Aufruf des Senats mit dem Versuch einer Drohung schließt:

„Nur wenn jede Störung des Unterrichtsbetriebes sofort unterlassen wird, kann der bei einer vorzeitigen Schließung der Universität drohende Verlust eines ganzen Studiensemesters von den arbeitswilligen Kommilitonen abgewendet werden.“

Was geschehen wird, ist hiernach klar: die Nazis werden weiter vorstoßen zur Beherrschung der Universität; oder aber der (entweder nationalsozialistische oder der Kunst des Regierens unkundige) Rektor bringt das Semester bald und abgekürzt zu Ende, um dem nächsten Vorstoß der Nazis zuvorzukommen.

4. Der Allgemeine Studentenausschuß an der Technischen Hochschule in Braunschweig hat in einer Entschliebung die

Errichtung eines Lehrstuhls für „Wehrwissenschaft“ an der Braunschweiger Hochschule gefordert.

Wegen Verleumdung hat gegen den „Angriff“ Dr. Weismann, Staatssekretär im preußischen Staatsministerium, Strafantrag gestellt.

## Rundfunk im kommenden Arbeitszuchthaus.

Zu Pressegerüchten teilt das Reichsinnenministerium mit, daß „tatsächlich eine Erneuerung des Rundfunkwesens geplant“ sei. Die Referentenbesprechungen seien schon ziemlich weit gediehen.

Die Behauptungen, die in der Presse aufgetreten waren, gingen dahin: daß der Rundfunk vom Reichspost- auf das Reichsinnenministerium übergehen solle, um so eine vollständige Politisierung des Rundfunks zu erreichen; daß ferner den Rundfunkgesellschaften, die jetzt eine Konzession von der Reichspost haben, diese entzogen werden solle.

Das Reichsinnenministerium hat die Behauptung von der Uebernahme des Rundfunks auf das Innenministerium dementiert (vielleicht handelt es sich um das Reichswehrministerium!); die übrigen Behauptungen sind nicht dementiert worden.

Arbeiter und Sozialisten, bestellt den Rundfunk ab! Finanziert nicht mit Euren Groschen dieses Unternehmen!

„Es ist möglich.“ — so schreibt die „Bayerische Staatszeitung“ — „daß sich der Kanzler und der Reichsinnenminister auf der Fahrt nach Neudeck auch über die Rundfunkpläne unterhalten, die im Reichsinnenministerium erwogen werden. Diese Pläne tragen den Stempel umfassendster Zentralisationsbestrebungen auch in der Beherrschung der elektrischen Wellen und laufen darauf hinaus, den Ländern auch dieses Feld der Einflußnahme auf ein wichtiges kulturelles Gestaltungsgebiet weitestgehend zu beschneiden. Es kann heute schon versichert werden, daß nicht nur Bayern, sondern wohl auch die übrigen Länder diese Zentralisierungspläne des Rundfunks mit Entschiedenheit ablehnen werden.“

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Montag, den 18. Juli, 20 Uhr, „Hackescher Hof“, Rosenthaler Str. 40/41, Nähe Bahnhof Börse. Thema: Wie schlagen wir den Faschismus?

Köln-Sülz: Montag, 18. Juli, 20,15 Uhr, im Jugendheim, Zülpicher Str. 217. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt freil!

## Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Freitag, den 15. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: „Das Ende der Reparationen? Die Bedeutung der Lausanner Konferenz.“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

# Einigung im belgischen Arbeitsstreit.

Unter dem stürmischen Beifall der belgischen Kammer gab der Arbeitsminister Hoyman am Mittwoch nachmittag bekannt, daß zwischen den Arbeitgebern und den streikenden Bergarbeitern eine Einigung zustande gekommen sei. Damit ist in letzter Minute der Ausbruch des Generalettreiks, der für Donnerstag oder Freitag vorgesehen war, verhindert worden.

Hoyman teilte mit, daß in der gemischten Bergwerkskommission, die zur Beilegung des Streiks eingesetzt worden war, die Vertreter der Arbeitnehmer ihre Forderungen durchgesetzt hätten.

Der Beschluß dieser Kommission setzt folgendes fest: 1. Die Löhne werden bis zum 1. November stabilisiert. 2. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt und die verfügbare Arbeit unter allen Kohlenarbeitern gleichmäßig verteilt. 3. Es wird eine Kommission eingesetzt, die aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht und die alle technischen Maßnahmen des neuen Arbeitsabkommens durchführt.

Linksbürgerliche Zeitungen und auch der „Vorwärts“ melden einen Erfolg der belgischen Arbeiterpartei. Die Be-

schlüsse der paritätischen Kommission laufen nach dem Eigenbericht des „Vorwärts“ „auf die Bewilligung sämtlicher Forderungen der Bergarbeiter hinaus“. Der Erfolg der belgischen Arbeiter wird weiter dadurch unterstützt werden, daß in der Kammer fast eine einstimmige Entschließung durchgegangen ist, die die Behandlung der an die Regierung gestellten Forderungen auf der Grundlage der von der sozialistischen Fraktion gestellten Bedingungen verlangt. Die „Rote Fahne“ meldet bis heute nichts über den Ausgang des Streiks, wohl aber, daß das Büro des ZK der belgischen KP von der Polizei geschlossen sei.

Wie die Machtverhältnisse in Belgien liegen, ob die Rechte der Arbeiterschaft heute nicht durch einen energisch weitergeführten Kampf besser gesichert wären als durch den Weg der Verhandlungen, der nunmehr beschritten ist, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen. Sicher scheint nur das eine zu sein, daß auch dieser Kampf eine neue Verschärfung der Gegensätze zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Taktik hervorgerufen hat, wobei die Kommunisten einen Schlag von der Regierung erhalten haben, den die Reformisten gewiß nicht verhindert haben.

# Erfolg einer Arbeiterabwehr gegen Bremer Nazis.

W. H. Wir berichteten vor einigen Tagen von einer Abwehraktion der Bremer Arbeiterschaft gegen eine Versammlung der Nazis in dem Arbeiterviertel Gröpelingen. Es mußte an dem Tage fast die gesamte Bremer Schupo auf die Beine gebracht werden, um die Durchführung der Nazi-Versammlung zu ermöglichen. Auf Grund dieser Vorkommnisse ist jetzt eine weitere von den Nazis in dem gleichen Lokal geplante öffentliche Versammlung vom Bremer Senat verboten worden.

# Unternehmer um die „Freiheit“ der Arbeitnehmer bemüht. Das Kündigungsschutzgesetz.

Das Kündigungsschutzgesetz für Angestellte, die längere Zeit bei demselben Unternehmer angestellt sind, möchten die Unternehmer beseitigen. Dieses „Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten“, vom 9. Juli 1926, bestimmt, daß Angestellte, die mindestens fünf Jahre bei demselben Unternehmen arbeiten, nur mit mindestens 3 Monaten Frist gekündigt werden können; bei einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren erhöht sich die Kündigungsfrist auf vier, bei einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren auf fünf Monate. Die Gewerkschaften fordern Aufrechterhaltung dieses Kündigungsschutzgesetzes. Die Argumente der Unternehmer: eine schwer erträgliche Belastung der Unternehmungen und — das ist vor allem eine Sorge der Unternehmer! — die Schutzmaßnahmen „wirkten sich gegenwärtig in erheblichem Umfange zum Nachteil der Angestellten mit langer Dienstzeit aus“.

Der Reichsarbeitsminister hat den (ewig) Vorläufigen Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten gebeten, wie sich während der Wirtschaftskrise das Schutzgesetz auswirke.

Es ist das Ideal des „freien“ Arbeiters, dem auch hier die Unternehmer zustreben, des Arbeiters, der dem ausbeutenden Unternehmer nicht nur frei von Produktionsmitteln, sondern auch frei von staatlichem Schutz gegenübersteht.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat an Hindenburg telegraphiert: Die sich täglich mehrenden politischen Morde erforderten sofortiges allgemeines Uniformverbot. „Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, seiner öffentlichen Zusage gemäß nunmehr alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen.“

# BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# Wie die Einheitsfront zustande kommt.

In Obernkirchen, einem kleinen Arbeiterstädtchen in der Nähe Hannovers, wollten „Reichsbanner“ und KPD eine Einheitsfrontaktion gegen den Faschismus unternehmen.

Manche Schwierigkeiten zeigen sich. An einem Lichtmast das erste Anzeichen für die Aktion, eine Aufforderung, abends um 8.30 Uhr auf dem Marktplatz zu einer Einheitsfrontaktion gegen den Faschismus zu erscheinen. Unterzeichnet ist dieser Aufruf von einigen Genossen des „Reichsbanners“ und der KPD. Herrlich! Ueber diesem Aufruf ist ein Plakat der „Antifaschistischen Aktion“ angebracht. Schade! Auch hier kann die KP solche Sonderreklame nicht unterlassen und gefährdet so leichtsinniger Weise die Einheitsfront. Die Bedenken der Reichsbanner-Genossen sind schon sehr groß, so groß, daß ein Zustandekommen der einheitlichen Aktion in Frage gestellt war. Der Grund hierfür: Die Kommunisten verkaufen Abzeichen der „Antifaschistischen Aktion“ auf der Straße, obwohl abgemacht war, daß keinerlei Propaganda parteipolitischer Art gemacht werden sollte. Auf energischem Protest hin unterlassen dann die Kommunisten den Verkauf. Jetzt taucht die Schwierigkeit von anderer Seite auf. Motorrad-Lederjackete: der Bezirksführer des „Reichsbanners“ erscheint. Warnung vor Einheitsfront mit KP; Beschwerde, daß die oberen Instanzen nicht benachrichtigt sind. Die Obernkirchner „Reichsbanner“-Genossen bleiben hart, ihre feste Ueberzeugung findet Ausdruck in den Worten: „Wir können uns den Luxus der Uneinigkeit nicht mehr erlauben.“

Welch ein Erlebnis für alle, die am Aufbau der Einheitsfront arbeiten! und immer wieder erleben müssen, wie bei allen Genossen die einfachste Erkenntnis für die heute notwendige Arbeit so klar ist, während die Führer sich durch Gehässigkeiten und Theoretisiererei immer mehr auseinander diskutieren.

Auf zum Marktplatz! Die Kommunisten sind schon aufmarschiert. Das „Reichsbanner“ marschiert an. Die Verantwortlichen treten zusammen. Eine neue Schwierigkeit! Die Kommunisten wollen eine Resolution einbringen. Die verantwortlichen „Reichsbanner“-Genossen wehren sich. Alles, was gemacht wird, soll gemeinsam getan werden: Auch die Ausarbeitung von Resolutionen. Die Gefahr wächst. Die Kommunisten wollen von ihrer Resolution nicht ablassen. Die „Reichsbanner“-Genossen drohen abzumarschieren. Der Kommunist bespricht sich mit seinen Genossen, kommt zurück,

schließlich verzichtet er auf die Resolution. Die Kundgebung wird eröffnet. Der „Reichsbanner“-Genosse, nicht im Redefluß von Konferenzen, aber einfach und gerade, zeigt die Notwendigkeit der Einheitsfront in Obernkirchen auf und sagt, daß sie ehrlich die Einheitsfront wollen und fordert jeden auf, ehrlich gegen den Faschismus zu kämpfen. Dann der Kommunist! Größer der Wortschwall, weniger klar der Gedanke. „Chauvinismus... imperialistische Kriegsverbrecher...“ Das öftere Erwähnen der „Antifaschistischen Aktion“ zeigt, daß sich bei ihm der Gedanke einer wirklichen Einheitsfront noch nicht gegenüber der Parteischablone durchgesetzt hat. Nun spricht der Vertreter der Arbeitslosen: Pflichtarbeit für 10 Pfennig die Stunde, wenn Geld in der Gemeindekasse, sonst nichts. Für feudale Badeeinrichtungen (Obernkirchen soll Badeort werden) ist Geld da.

Mit dem Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, schloß die Kundgebung. Eine Demonstration von etwa 500 Arbeitern zog durch die Stadt.

Wie mitreißend und erhehend wirkte es auf uns und viele der andern Arbeiter, daß an der Spitze des Zuges der Kommunist neben dem Reichsbannermann ging! Obernkirchen hat eine so geschlossene Demonstration noch nicht gehabt, obgleich es eine rote Stadtverordnetenmehrheit besitzt.

Es gehört, wie man sieht, Ausdauer und Uneigennützigkeit dazu, eine wirkliche Einheitsfront zustande zu bringen. Wer ängstlich nur darauf schaut, was der andere für Fehler taktischer und persönlicher Art macht, ist für das Zustandekommen einer Einheitsfront niemals zu gebrauchen. Die Genossen in Obernkirchen haben den nötigen Mut und die nötige Zurückhaltung bei der Kritik des Partners aufgebracht — und die Einheitsfront gelang. Ein lehrreiches und gutes Beispiel. Karl Hofmann.

# Vor einer Lohnerhöhung in Spanien.

(ITF) Um eine schon vor langem vorgesehene Lohnerhöhung für die spanischen Eisenbahner zu ermöglichen, wird der Minister für öffentliche Arbeiten dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreiten, wonach von allen Eisenbahntarifen ein provisorischer Zuschlag erhoben werden soll, dessen Ertrag für eine Erhöhung der Löhne der spanischen Eisenbahner verwendet werden soll. Die gegenwärtige Lage erlaubt keine definitive Erhöhung der Eisenbahntarife.

# ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

## Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

\*

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u.s.w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerlickestraße 104

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge Mäntel Damen-Mäntel Kostüme

III Tadelloser Sitz III

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerlickestraße 104, H. r. l.

Stoffmuster vorrätig.

# BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcostraße 8.

Telephon: 25 53 42

BERLIN

# KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

Ab 15. Juli:

G. W. Papst:

Kameradschaft

mit Ernst Busch, Alexander Granach, Fritz Kampers.

„Im Schatten der Maschinen“.

Fox tönende Wochenschau.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werkt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer P 1 Moritzplatz 547

Soeben erschien in zweiter, unveränderter Auflage:

# Die bessere Sicherheit.

Ketzereien eines revolutionären Revisionisten.

Von LEONARD NELSON. 22 Seiten. Geheftet 0,40 Mark.

Kritische

# Auseinandersetzung

mit dem „historischen Materialismus“.

In der rechtlichen Begründung des Klassenkampfes liegt die „bessere Sicherheit“ für die Erreichung des Sozialismus!

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

# Das Abkommen der Gentlemen.

## Die Debatte im englischen Unterhaus.

S. H. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit über die Lausanner Abschlüsse steht nicht die offizielle Vereinbarung der beteiligten Mächte, deren Abkommen noch ratifiziert werden soll, sondern — das Geheimabkommen zwischen Frankreich und England, das vorsieht, die Ratifizierung zu verweigern, falls Amerika seine Forderungen nicht streicht.

Daß dieses Abkommen besteht, daß ihm die entscheidende Bedeutung zukommt, das alles kam klar heraus in den Debatten, die im englischen Unterhaus der Regierungserklärung von Mac Donald folgten. Ehe sich der Ministerpräsident selber zu seiner Lausanner Mission äußerte, waren bereits scharfe Anfragen an ihn gestellt worden, die den Punkt des Geheimabkommens betrafen. Der heftigste Opponent gegen die in Lausanne betriebene Politik war dabei Churchill gewesen, dessen sich Mac Donald zu Anfang seiner Rede noch durch die Kritik zu erwehren suchte, Churchill springe durch das Leben wie ein wild gewordenes Individuum. Er brülle wie ein Ochs und girre wie eine Taube.

Aber mit diesen Attacken gegen die Person Churchills war der Inhalt der Churchillschen Ausführungen nicht widerlegt. Was hatte Mac Donald hierzu zu sagen?

So anerkennenswert es war, die Lausanner Politik sofort im Unterhaus zur Debatte zu stellen — so sehr lief Mac Donalds große Rede darauf hinaus, alles offen zu sagen, was jeder schon wußte, und alles zu umgehen oder zu verhüllen, worüber jeder gern eine offene Antwort erfahren hätte. Er sprach über die Reparationsfrage, über die Gefahren, die das Hinauszögern einer endgültigen Lösung allen beteiligten Mächten gebracht hätte, über die Enttäuschung, falls man ohne ein Abkommen zurückgekehrt wäre, über die geschichtliche Entwicklung der Konferenz von Basel bis Lausanne, über die Schwierigkeit, daß Deutschland nur Reparationen zu zahlen habe, die anderen Mächte aber Kriegsschulden, über die Notwendigkeit, den Gefahrenherd in Deutschland zu bereinigen und ihm Gleichberechtigung endlich zuzuerkennen — kurz, er behandelte die politischen Fragen so, daß sich die Aufmerksamkeit — sicher sehr gegen seinen Willen — nur noch auf das Eine lenkte: Wann wird er endlich von dem Geheimabkommen sprechen?

Schon die ersten Ausführungen hierüber waren charakteristisch:

Mac Donalds Erklärungen gingen nicht direkt aufs Ziel zu, sondern knüpften an die Frage Papens an, die dieser ihm in Lausanne gestellt habe: Wird eine neue Konferenz einberufen werden, falls das Lausanner Abkommen scheitert? Darauf habe Mac Donald erwidert: Eine solche Konferenz sei notwendig, da man andernfalls wieder zum Young-Plan zurückgeworfen würde. Um diesen Rückfall zu vermeiden — so fügte er jetzt im Unterhaus hinzu — sei in Lausanne ein neues Abkommen getroffen worden.

Mit dieser Wendung hoffte Mac Donald offensichtlich, den heiklen Punkt des Geheimabkommens (das Kampfbündnis Englands und Frankreichs für den Fall der Nicht-Streichung der amerikanischen Forderungen gegenüber Amerika) zu umgehen oder doch in dem harmlosen Licht erscheinen zu lassen, das Abkommen diene nur dazu, die Rückkehr zum Young-Dilemma zu verhindern. Ueber das Abkommen selber schwieg er sich aus. Kein klares Wort über die Gefahr, durch ein solches Abkommen eine feindselige Haltung der Vereinigten Staaten heraufbeschwoeren zu haben, sondern nur die echt Mac Donaldschen optimistischen Hoffnungen, daß die Sache mit Amerika schon nicht so schlimm werden würde. „Ich glaube, daß keine Nation in der Welt mehr gewillt ist als Amerika, Hilfe bei der Beseitigung unserer gegenwärtigen Uebel zu leisten.“ Seltsam nur — so erschien es auch den Abgeordneten — daß bei einer solchen Bereitschaft der Amerikaner ein Geheimabkommen zwischen Frankreich und England für den Fall der Nichtbereitschaft Amerikas notwendig gewesen ist!

Die Debatten zeigten denn auch klar, daß die Mac Donaldschen Ausführungen die Politiker des Landes nicht beruhigt hatten. Die friedlichen Optimisten freilich vom Schlage Landsburys, des englischen Arbeiterführers, sprachen Mac Donald die Anerkennung aus für das, was er in Lausanne geleistet habe. Auch Landsbury hoffte und glaubte, das große Volk der Vereinigten Staaten werde . . . Er stellte dann noch die Anfrage an den Schatzkanzler, ob England gedenke, zum Goldstandard zurückzukehren, was von Chamberlain verneint wurde. Er schloß mit allerlei Wünschen für die Abrüstungskonferenz. „Wenn alle Nationen wirklich ernstlich die Abrüstung betrieben, . . .“

Das Interesse des Hauses wandte sich den Reden von Lloyd George zu. Das soeben veröffentlichte Weißbuch Englands über das Lausanner Abkommen in der Hand, rief er dem Unterhaus zu: „Das Wichtigste, was sich dort zugetragen hat, steht nicht in diesem Dokument. . . Wir haben bisher nur das Vorwort für das neue Buch erhalten.“ Lloyd George ging auf die Mitteilungen des „Matin“ über die Gentlemen-Abkommen ein und stellte seine herausfordernden Fragen an die englische Regierung: „Wußte der deutsche Reichskanzler, als er den Vertrag unterzeichnete, daß noch ein anderer Vertrag eingegangen worden sei, der die ganze Sache wirkungslos machen könne? Würden die Bedingungen dieses zweiten Vertrages dem deutschen Reichskanzler mitgeteilt? Waren die Amerikaner von dem Abkommen informiert?“ Lloyd George schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, das Geheimabkommen verrate deutlich,

daß Frankreich und England nicht mit einer Streichung ihrer Schulden von seiten Amerika rechnen, sondern nur mit der Möglichkeit einer Herabsetzung.

Auf den brüskten Angriff von Lloyd George antwortete nicht mehr der Ministerpräsident, sondern der Schatzkanzler Chamberlain. Er vermied eine klare Antwort; er stellte nichts auf als die törichte Gegenfrage, die dem Verdacht von Lloyd George nur allzu sehr Recht gab: „Hätten wir etwa einer allgemeinen Streichung der Reparationen zustimmen sollen, ohne daran zu denken, was zwischen Amerika und uns nachher vor sich gehen kann?“ Sofort war denn auch Lloyd George wieder auf dem Plan und forderte eine bessere Antwort, als diese Gegenfrage sie enthielt. Er forderte die Veröffentlichung der Schriftstücke, die zwischen England und Frankreich und zwischen England und Italien abgeschlossen seien. „Will die Regierung diese Pa-

piere veröffentlichen, damit wir selber beurteilen können, was vor sich gegangen ist?“ — worauf Chamberlain, in die Enge getrieben, die Erklärung abgab, seine Regierung habe nicht den geringsten Einwand gegen eine Veröffentlichung dieser Papiere, falls die anderen Regierungen ihre Zustimmung gäben. Lloyd George gab sich zufrieden. Die telegraphische Anfrage an die Regierungen ist inzwischen ergangen.

Die Debatte wurde abgeschlossen mit Erklärungen des Außenministers Simon, unter denen die beachtenswerteste die Bemerkung war, daß die Ratifizierung des Abkommens sich nicht mit Gewalt erzwingen lasse.

## Pariser Besprechungen.

Der aufschlußreichen Debatte im englischen Unterhaus ist eine Unterredung Herriots mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Tyrrell, gefolgt. Hatte bereits die Aussprache im Unterhaus ergeben, daß Lausanne ein haltloses Provisorium bedeutet, so zeigen die wenigen Meldungen, die bisher über die Unterredung zwischen Herriot und Tyrrell an die Öffentlichkeit gelangen, vollkommen klar, daß die Einigung über die Reparationen noch völlig in der Luft schwebt. Der Pariser Korrespondent der „Morning-Post“ teilt mit, daß die englische und die französische Regierung sich darüber einig geworden seien, daß

keine Entscheidung getroffen werden könne, ehe nicht das Lausanner Abkommen durch die allgemeine Ratifizierung bindende Kraft erlangt habe, was wiederum nicht ohne eine entsprechende Einigung mit Amerika geschehen könne.

## Simons Erklärungen und Herriots Verträge.

Simon hat im Unterhaus, dem Drängen der Interpellationen nachgehend, Erklärungen abgegeben über das Abkommen, das zwischen der englischen und französischen Regierung geschlossen worden ist. Erklärungen über das Abkommen, gewiß nicht das Abkommen selber, das festere, handgreiflichere Bindungen enthalten wird als diese Richtlinien, die so allgemeiner Natur sind, daß Simons Anmerkung zu Recht besteht, wonach die neuen Vereinbarungen „in keinem Punkt eine besondere oder andere anschließende Erklärung“ darstellen. Simon nannte folgende Punkte:

1. In Übereinstimmung mit dem Geiste der Völkerbundsatzung beabsichtigen die beiden Regierungen mit vollständiger Aufrichtigkeit miteinander Ansichten auszutauschen und sich gegenseitig über Fragen, die zu ihrer Kenntnis kommen, zu unterrichten, die etwa ähnlichen Ursprungs sind wie die jetzt in Lausanne so glücklich gelösten Fragen und die das europäische Regime berühren. Sie hoffen, daß andere Regierungen sich bei Annahme dieses Vorgehens anschließen werden.

2. Sie beabsichtigen, miteinander und mit anderen Abordnungen in Genf zusammenzuarbeiten, um eine Lösung der Abrüstungsfrage zu finden, die für alle beteiligten Mächte vorteilhaft und gleichmäßig gerecht sein werde.

3. Sie wollen miteinander sowie mit anderen interessierten Regierungen in der sorgfältigen und praktischen Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz zusammenarbeiten.

4. Bis zu Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt über einen Handelsvertrag zwischen diesen Ländern werden sie jede Handlung vermeiden, die ihrer Natur nach eine Dis-

solange noch die Möglichkeit bestehe, daß Frankreich seine Zahlungen an England und Amerika wieder aufnehmen müsse, bestehe keine Aussicht auf Ratifizierung des Lausanner Abkommens durch die französische Kammer. Zu diesen Meldungen, die das Ergebnis von Lausanne zu einem Scheinmanöver stempeln, kommen die Stimmen aus Amerika hinzu, die die bekannte Stellung der Amerikaner unterstreichen, wonach die Revision der Kriegsschulden mit der Abrüstungsfrage unauf löslich verquickt sei. Nur wenn die europäischen Länder zu einer substantiellen Abrüstung bereit sind, könne die Kriegsschuldfrage auf der Londoner Konferenz im Herbst überhaupt aufgerollt werden.

## Die Pleite von Lausanne.

Aus all diesen Reden und Konferenzen geht also klar hervor, daß in Lausanne nichts erreicht worden ist, ja weniger als nichts; denn ein offenes Scheitern der Konferenz hätte wenigstens jedem Optimismus, als ob diese kapitalistischen Regierungen zu irgend einer wirklichen Verständigung bereit seien, den Boden entzogen. In Wahrheit verhalten sich denn auch die Regierungen so, als ob die Konferenz gescheitert wäre, und nur die Völker, bzw. ihre Vertreter in den Parlamenten bemühen sich noch, eine Sachlage zu klären, die für die Regierenden in Wahrheit längst im Reinen ist, und der gemäß sie handeln. Herriot bricht über militärischen Fragen das Bündnis mit der Linken; England setzt zusammen mit Frankreich den Hoover'schen Abrüstungsvorschlägen ein deutliches „Nein“ entgegen und Deutschland bemüht sich nach innen und nach außen um eine militärische Aufrüstung.

kriminierung von einem Lande gegen die Interessen des anderen Landes darstellt.

Simons teilte mit, daß an Deutschland, Belgien und Italien die Einladung ergangen sei, dieser Erklärung beizutreten.

Während noch diese Beruhigungspillen verabreicht werden, meldet die „Agence Economique et Financière“, daß am Mittwochabend ein englisch-französischer Vertrag in Paris unterzeichnet sei, der weit über den Vertrag eines einfachen Schuldenabkommens hinausgehe. Einstweilen verlautet noch nichts Näheres über das Abkommen. Die Pariser Presse bezeichnet den neuen Vertrag als einen außerordentlichen Erfolg, der die europäische Politik weitgehend beeinflussen werde. Herriot wird dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer selber Bericht erstatten über das Ergebnis seines Abschlusses mit England.

## Der zweite Stoß gegen Lausanne.

Das brüchige Wrack von Lausanne, das seinen ersten Stoß durch das Sonderabkommen zwischen Paris und London, erhalten hat, bekommt nun seinen zweiten Stoß durch die Meldung, daß die politischen Fragen, die von Lausanne nach Genf verschoben waren, dadurch abgesetzt werden, daß die Abrüstungskonferenz sich für Monate vertagt — ein Vorschlag, der bekanntlich von der englischen Delegation eingebracht worden ist. Noch hofft die deutsche Regierung in der abschließenden Sitzung, die Ende der nächsten Woche den englischen Antrag endgültig beraten wird, ihre eigene Forderung auf Gleichberechtigung vorzubringen.

## „Entente cordiale“.

Die Erklärungen, die Simon vor dem englischen Unterhaus über das Abkommen zwischen England und Frankreich abgegeben hat, hat auch Herriot dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer vorgelegt. Er begrüßte in diesem Abkommen die Wiedergeburt der „entente cordiale“, die eine neue Aera der europäischen Politik eröffne. Das eigentliche „Gentlemen-Abkommen“ wurde auch von Herriot nicht erwähnt.

Die Erklärungen, die also nunmehr offiziell von dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten der aufrichtenden Welt abgegeben worden sind, stellen das geschickte Manöver dar, einerseits die Annäherung zwischen Frankreich und England offiziell anzukündigen und damit den verstärkten Einfluß, den diese beiden Mächte für die europäische Politik beanspruchen — alles unter dem freundlichen Schein, die übrigen Mächte zum Beitritt zu diesem Freundschaftsbund einzuladen —, andererseits den eigentlich entscheidenden Geheimvertrag hinter jenem nach vorn geschobenen harmlosen Abkommen verschwinden zu lassen.

Interessant bleibt übrigens, daß Mac Donalds Versuch, die Vereinbarungen mit Frankreich dahin zu deuten, daß sie die Rückkehr zum Young-Plan vereiteln sollen, nach wie vor von Herriot strikt dementiert wird. Frankreich wird, nach Herriots Worten, im Falle einer Nicht-Streichung der amerikanischen Forderungen sich an den Haager Schiedsgerichtshof wenden, gestützt auf die juristischen Forderungen des Young-Plans.

Es wäre im Interesse wenigstens eines Scheinfriedens geraten, daß Herriot und Mac Donald sich künftig vorher etwas eingehender darüber verständigten, wie sie mit der Wahrheit umzugehen gedenken, damit nicht der von seinen Erfolgen berauschte Herriot den milden Makler Mac Donald dauernd desavouiert und umgekehrt.

## Das Echo.

Die französische Rechtspresse steht hinter Herriot, mit dessen Politik sie zur Zeit sehr einverstanden ist. Die Gefahr einer völligen Isolierung Frankreichs, die seit Tardieus Tagen faktisch drohte, ist durch Herriot überwunden. Frankreich hat außer dem Versicht auf Milliarden, die es so wie so nicht bekommen hätte, in keinem Punkte nachzugeben brauchen: Herriot hat sich nach rechts hin orientiert, und Frankreich marschiert Seite an Seite mit England. Die Störungen zwischen den beiden Mächten, wie sie zu Zeiten der

englischen Arbeiterregierung unter dem Einfluß Snowdens bestanden, sind überwunden. Die „Gentlemen“ haben sich versöhnt.

Aus Amerika liegen noch keine eindeutige Stimmen zu dem neuen Abkommen zwischen Frankreich und England vor. Die Gerüchte, daß die Amerikaner in Lausanne doch bereits über diese Besprechungen informiert gewesen seien, entgegen der bisherigen Behauptung, sie hätten in keiner Weise an Lausanne teilgenommen, sind durch die Bemühungen der englischen und amerikanischen Diplomaten niedergeschlagen worden. In diesem Punkt ist also Amerikas Ehre nach außen hin gerettet. Im übrigen werden sie längst wissen, was gespielt ist; sodas die Besorgnis über das, was zwischen Paris und London vereinbart worden ist, nicht zu einer Entrüstungskampagne ausarten wird.

Berlin schweigt noch, wenigstens das amtliche Berlin. Abgesehen von den innerpolitischen Schwierigkeiten, die die Regierung zu bewältigen hat, scheint es Herrn v. Schleißer wohl geraten, das erschütterte Renommée von Papen im Augenblick nicht noch weiter zu belasten.

## Genf.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz ist entschlossener, mit den Reden über Abrüstung noch eher ein Ende zu machen, als man noch gestern erwarten konnte. Schon am Sonnabend wird der Hauptauschuß einberufen werden; Benesch wird das Protokoll verlesen, in dem er die bisher so „reichen“ Arbeitsergebnisse niedergelegt hat. Dann werden alle abreisen. Das Präsidium wird erst in sechs Wochen wieder zusammen-treten, um über die Neuberufung der Konferenz zu beraten. Ein fester Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Arbeiten wird nicht festgesetzt werden.

Was wird die Gruppe der acht kleinen Mächte sagen, die ein Programm zusammengebaut haben über die Abschaffung von Bombenflugzeugen, Verboten von Tanks und schwerer Artillerie, strenger Ueberwachung der privaten Waffenherstellung u. s. w. u. s. w.? Was wird der deutsche Delegierte sagen, der die Gleichberechtigungsfrage dort anmelden wollte, als Ersatz für die Mißerfolge in Lausanne?

Was geht das die neuen Führer der europäischen Politik an? Sie haben beschlossen, Schluß zu machen mit Genf. Der Schwamm, der in Lausanne trocken blieb, ist jetzt bereits eingetaucht: weg mit den Abrüstungsvorschlägen, die das Wett-rüsten zwischen den Regierungen stören.

# Kapitalistische Finanzpolitik.

## Zinssenkung für englische Kriegsanleihe und die Arbeiter.

In der Nacht zum 30. Juni gab der Schatzkanzler die Absicht der britischen Regierung bekannt, die 5prozentige Kriegsanleihe (1929 bis 1947) in eine neue Anleihe mit dem Zinsfuß 3½ Prozent umzutauschen. Dadurch wird die Regierung jährlich 23 Millionen Pfund Sterling (rund 350 Millionen Mark) sparen auf Kosten der Kapitalisten.

Der Zinsfuß wird um ungefähr 30 Prozent herabgesetzt. Wir müssen dabei bedenken, daß seit einigen Jahren auf Grund der fallenden Warenpreise der Wert der einzelnen Anleihestücke gestiegen ist, so daß die Kaufkraft der Einkommen der Besitzer dieser Kriegsanleihen gestiegen ist, und zwar gegenüber dem Zeitpunkt, zu dem sie ihr Geld der Regierung liehen, um weit mehr als 30 Prozent. Man darf also schwerlich von einem Opfer sprechen!

Der Konvertierungsplan (Umwandlungsplan), der die ungeheure Summe von

2 Milliarden Pfund Sterling (30 Milliarden Mark)

umfaßt, ist von den englischen Finanzblättern als das kühnste Unternehmen begrüßt worden, das je eine englische Regierung gewagt hat. Er ist deshalb so freundlich aufgenommen worden, weil er den Auftakt gibt zu einer allgemeinen Zinsherbsetzung, die von der Industrie zur Ankurbelung der Wirtschaft verlangt wird.

Fast alle englischen Zeitungen enthalten große Aufrufe, die an den Patriotismus der Besitzer von 5prozentiger Kriegsanleihe appellieren, damit sie die Anleihestücke auch zu 3½ Prozent behalten. Der weitest stärkste Anreiz dazu liegt in dem gegenwärtigen Stand des Kapitalmarktes. Vor Ankündigung des Konvertierungsplanes genoß die Regierung den Ruf, der beste Schuldner zu sein. Das Geschäft in so „hochfeinen“ Schuldverschreibungen wie Eisenbahnanleihen und indischen Staatspapieren war nur klein; bei den ersten vor allem wegen der sinkenden Einnahmen, bei den letzteren wegen der politischen Unruhen. Die Regierung hatte mehr oder weniger als Schuldnerin ein Monopol auf dem Kapitalmarkt und wählte darum diesen Zeitpunkt, um ihren Konvertierungsplan unter Dach und Fach zu bringen.

Die Spekulanten, die den Kapitalmarkt beherrschen, wurden auf einmal rührig. Die Kurse derjenigen Staatspapiere, die dem Käufer mehr als 3½ Prozent brachten, begannen zu steigen, weil manche Besitzer der 5prozentigen Kriegsanleihe der Herabsetzung ihres Einkommens um 30 Prozent aus dem Weg gehen wollten. Sie hätten das tun können, indem sie sich von der Regierung die Anleihe zurückzahlen ließen und dafür neue Wertpapiere mit daher günstigerer Verzinsung kauften. Zunächst stiegen die Kurse anderer Staatspapiere. Das Steigen der Kurse griff auf andere Märkte über, die bis dahin flau waren: Ausländische Schuldverschreibungen, Industrie-, Bergbau- und Oelaktien wurden stark nachgefragt von Kapitalisten, die einen höheren Gewinn suchten. Infolge Nachfrage nach diesen Staatspapieren und Aktien stiegen deren Kurse zu solcher Höhe an, daß die derzeitigen Besitzer von 5prozentiger Kriegsanleihe, wenn sie von dem Recht Gebrauch machen, Rückzahlung statt Umwandlung zu verlangen, bei der Rückzahlung und dem anschließenden Kauf anderer Wertpapiere sich nicht wesentlich besser stehen als bei der Umwandlung.

Solange die Monopolstellung der englischen Regierung auf dem Kapitalmarkt aufrecht erhalten bleibt und solange sie gestützt wird durch die Zusagen der patriotischen Besitzer der Kriegsanleihe, ist der Erfolg des Konvertierungsplanes gesichert. Die bei weitem wichtigsten Besitzer von Kriegsanleihe haben sich bereit erklärt, die Anleihestücke trotz der Herabsetzung des Zinsfußes auf 3½ Prozent zu behalten. Diesem Beispiel werden zweifellos die kleineren Anleihebesitzer schnell folgen.

Eines könnte den Erfolg gefährden, nämlich daß die ausländischen Besitzer dieser Kriegsanleihe die Rückzahlung verlangen. Aber Schatzsekretär Major Elliot hat im Unterhaus auf eine Anfrage mitgeteilt, daß der Betrag der Anleihe, der sich im Besitz von Ausländern befindet, 100 Millionen Pfund nicht übersteige; für den Fall, daß diese Inhaber der Anleihe Rückzahlung verlangten, würde die Regierung auf Grund ihrer Kreditwürdigkeit die geforderte Summe leicht beschaffen können. Sie könne der Aufforderung zur Rückzahlung nachkommen durch Ausgabe einer neuen Anleihe oder durch Anbieten des nicht der Konvertierung dienenden Teils der 3½prozentigen Anleihe auf dem Kapitalmarkt.

### Und die Kaufkraft der Massen?

In der augenblicklichen Weltwirtschaftskrise ist die Frage am wichtigsten, wie die Kaufkraft der Massen durch die Konvertierung beeinflusst wird. Die Regierung beabsichtigt, denjenigen Inhabern, die ihre Absicht, zu konvertieren, vor dem 31. Juli mitteilen, eine steuerfreie Prämie zu zahlen. Wenn alle Anleiheinhaber von diesem Angebot Gebrauch machen, so wird die Prämie den Staat im gegenwärtigen Finanzjahr 20 Millionen Pfund Sterling (300 Millionen Mark) kosten. Diese Summe geht größtenteils an Versicherungsgesellschaften, Trusts und Gewerkschaftsverbände, die Großaktionäre der 5prozentigen Kriegsanleihe sind und zweifellos das Geld, das sie erhalten, wieder in Wertpapieren anlegen werden. Ein Teil der 20 Millionen Pfund wird an die Besitzer von wenig Aktien gehen, die das erhaltene Geld wahrscheinlich für Konsumgüter ausgeben werden; ihre Kaufkraft für Konsumgüter wird also unmittelbar erhöht.

Andererseits werden die nach dem 1. Dezember 1932 jährlich ersparten 23 Millionen Pfund Sterling Zinsen unmittelbar der Kaufkraft der Besitzer von Kriegsanleihen entzogen. Diese Summe und wozu sie verwandt wird, geht uns etwas an!

Wenn die Krise gemildert werden soll, so muß die Kaufkraft der Massen gehoben werden. Man erreicht das aber nicht dadurch, daß man jene 23 Millionen Pfund den Kapitalisten zuschützt und so künftig für neue Kapitalanlagen verfügbar macht. Man erreicht es nur, wenn man die ganze Summe an eine möglichst breite Konsumentenschicht verteilt. Der einfachste Weg, die Ersparnis zur Stärkung der Massenkaufkraft zu benutzen, wäre:

den Arbeitslosen einen Teil der 26 Millionen Pfund, die ihnen durch Sparmaßnahmen der britischen Regierung im Herbst 1931 genommen worden sind, wieder zuzuführen.

Da die Regierung aber eine ausgesprochene Klassenregierung ist, die die Interessen der Kapitalisten wahrnimmt, so besteht keine Aussicht auf Verwendung der freiwerdenden Summe zu Gunsten der Arbeitslosen. Das starke konservative Element, das die Industriellen in der „nationalen“ Regierung bilden, wird niemals einen solchen Kurs befürworten; sie würden behaupten, daß er das bestehende Lohnniveau zu erhalten helfen würde, das ihrer Meinung nach schon zu hoch ist und eine erfolgreiche Konkurrenz gegen das Ausland verhindert. Die Regierung wird zweifellos dazu gedrängt werden, statt dessen die Steuern für die Industriellen herabzusetzen. Diese Frage ist jedoch nicht akut, ehe nicht der Haushaltsplan für 1933, der erste, der durch den Konvertierungsplan beeinflusst wird, in Vorbereitung ist.

### Allgemeine Zinssenkung!

Sehen wir uns die nächste Zukunft an! Wahrscheinlich wird durch den Konvertierungsplan, der in solch gewaltigem Ausmaß durchgeführt wird, der Zinsfuß allgemein gedrückt. Dadurch werden die Industriellen ermutigt, neues Kapital aufzunehmen, entweder durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder durch Vergrößerung ihres Aktienkapitals. Sie

## Politischer Streifzug durch den Reichshaushalt.

### Fast nichts steht fest.

Daß in Krisenzeiten ein ausgeglichener Haushalt sich mit unheimlicher Geschwindigkeit im Laufe weniger Monate in einen Defizit-Haushalt verwandelt, steht fest auf Grund von Erfahrungen. Wir stellen hier unter einander den Haushaltsplan für 1931/32, wie er im März 1931 — also pünktlich vor Beginn des neuen Haushaltsjahres! — vom Reichstag angenommen worden ist, ferner Schätzungen vom Juni 1931, September 1931, Januar 1932 und schließlich die tatsächlichen Einnahmen im Haushaltsjahr 1931/32:

|   | Besitz- und Verkehrssteuern | Zölle und Verbrauchsabgaben |
|---|-----------------------------|-----------------------------|
| Haushaltsplan 1931/32                           | 5823                        | 3376                        |
| Schätzung im Juni 1931                          | 5667                        | 3300                        |
| Schätzung im Sept. 1931                         | 5072                        | 3100                        |
| Schätzung im Jan. 1932                          | 5126                        | 2723                        |
| Tatsächliche Einnahmen im Haushaltsjahr 1931/32 | 5001                        | 2789                        |

Was steht fest außer dieser Entwicklung zum Defizit-Haushalt?

Das Jahr 1931/32 schloß ab mit einem neuen Defizit von 449 Millionen Mark (ungefähr ebenso viel ist während dieses Jahres von der schwebenden Reichsschuld getilgt worden).

Jeder der Schätzungen in unserer Tabelle geht eine Notverordnung voraus, die durch Abstriche von den Ausgaben und Erschließung neuer Einnahmequellen versucht, ein neu entstandenes Defizit zu decken. Wie weit Ähnliches im Haushaltsjahr 1932/33 möglich ist, steht dahin.

Wir erwähnen nur einige Uebersichtsfaktoren im neuen Haushalt: Durch Herabsetzung der Umsatzsteuerfreigrenze wird eine Steigerung der Umsatzsteuereinnahmen erhofft. Die Erfassung der Jahresumsätze unter 5000 Mark für die Umsatzsteuer ist aber sehr schwierig, und es fragt sich, ob es selbst bei gleichbleibender Konjunktur gelingt, die erhoffte Umsatzsteuereinnahme herinzubringen. — Bei weiterer Einfuhrschumpfung sinken die Zolleinnahmen!

Ein Risiko auf der Ausgabenseite: Das Reich hat für die Reichsbahnvorzugsaktien 7 Prozent Dividende garantiert. Bisher hat die Reichsbahn jene 7 Prozent selber aufgebracht. Wer weiß, ob nicht das Reich bei weiter schrumpfendem Verkehr Zuschüsse leisten muß?

Welche Hilfe die Gemeinden noch nötig haben, wer weiß das? Eine Rechnung der Gemeinden ergibt einen Fehlbetrag von insgesamt 350 Millionen Mark im laufenden Haushaltsjahr!

Außerdem wird der vom Reich aufgestellte Arbeitslosen-Etat trotz der grausamen Unterstützungs-Kürzungen so gut wie sicher mit einem Defizit abschließen.

Wir haben also schwankenden Boden unter den Füßen. Auf diesem schwankenden Boden gedeiht etwas vortrefflich: die Krisenkrankheit „Subventionen“.

### Die Subventionsseuche.

Im Reichshaushaltsplan findet sich keine Zusammenstellung derjenigen Ausgaben, die in den letztvergangenen Jahren zu Subventionen benutzt worden sind oder im laufenden Rechnungsjahr dazu dienen sollen. Es wäre auch zu viel von

können damit Rationalisierungspläne oder „Reorganisationspläne“ (Wiederaufbaupläne) finanzieren. Aber zu welchem Zweck? Schon der Absatz der Güter, die die Kapitalisten heute produzieren, ist geringer geworden, weil die Massen immer weniger in der Lage sind, auch nur das Lebensnotwendigste zu kaufen. Reorganisationspläne, die den englischen Kapitalisten international einen Vorsprung verschaffen, sind für die Kapitalisten der anderen Länder von Nachteil und letzten Endes auch für die Arbeiter dort, die schon schlimmer daran sind als die Arbeiter in England. Außerdem ist es zweifelhaft, ob solche Reorganisationspläne die Arbeitslosigkeit auch nur in England vermindern, ob sie sie nicht bloß verschieben.

Das Beispiel, das England mit der Konvertierung seiner 5prozentigen Kriegsanleihe gegeben hat, wird wohl von manchen anderen Ländern nachgeahmt werden. Es ist daher wichtig, daß wir uns grundsätzlich über die Bedeutung solcher Maßnahmen klar werden.

Wenn sie zu einer Senkung des Zinsfußes für langfristige Kapitalanlagen führen, so ist das für die Ueberwindung der Krise günstig. Es genügt aber dazu keineswegs. Entscheidend wichtig ist, wie die im Staatshaushalt ersparten Mittel verwendet werden, ob zur Erleichterung der Steuerlasten der Besitzenden oder zu Gunsten der Massen: sei es durch Ermäßigung von Massensteuern, sei es zum Beispiel durch Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Wenn durch dieselbe Maßnahme der Zinsfuß ermäßigt und die Massenkaufkraft vergrößert wird, so wird sie zur Ueberwindung der Krise beitragen.

G. F. Green (London).

einer Regierung erwartet, daß sie ihr Klassengesicht deutlich zeigt! Immerhin erfahren wir aus dem Reichshaushaltsplan folgendes:

Das Reich ist zur Zeit beteiligt an etwa 120 Gesellschaften.

Zu Stützungszwecken waren am 1. April 853 Millionen Mark Schatzanweisungen ausgegeben worden; davon waren im Umlauf 643 Millionen Mark, die in den Jahren 1932 bis 1937 fällig sind.

Am 1. April 1932 betragen die Bürgschaftsverpflichtungen des Reichs 1564 Millionen Mark. Diese Summe verteilt sich folgendermaßen:

|                              | Millionen Mark |
|------------------------------|----------------|
| Landwirtschaft               | 269            |
| Handel und Gewerbe           | 689            |
| Schiffahrt und Verkehrswesen | 76             |
| Wohnungs- und Siedlungswesen | 176            |
| Banken                       | 349            |
| Sonstige                     | 6              |

Außer diesen Bürgschaften laufen folgende bisher noch nicht in Anspruch genommene Bürgschaftsverpflichtungen, die der Regierung durch Gesetz oder Notverordnung erteilt worden sind. Es handelt sich um weitere 1786 Millionen Mark; davon entfallen auf:

|                              | Millionen Mark |
|------------------------------|----------------|
| Landwirtschaft               | 271            |
| Handel und Gewerbe           | 343            |
| Wohnungs- und Siedlungswesen | 819            |
| Schiffahrt                   | 53             |
| Sonstiges                    | 300            |

Die Zwecke, für die das Reich sich zur Bürgschaftsübernahme seit dem 1. Oktober 1930 hat ermächtigen lassen, sind folgende:

- Umschuldung in den Ostgebieten,
- Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens,
- Förderung des Kleinwohnungsbaus,
- Arbeitsbeschaffung,
- Wiederherstellung des geordneten Zahlungsverkehrs im deutschen Reich (Bankkredit),
- Umschuldung kurzfristiger Schulden von Ländern und Gemeinden,
- Hypotheken bei Kleinsiedlerstellen,
- Kreditversicherung,
- Frühjahrsdüngung 1932,
- Förderung der Getreidebewegung,
- Sanierung von Bankunternehmungen.

Der Reichshaushalt ist ein Mittel ersten Ranges, um die Wirtschaft zu steuern. Er kann und er sollte dazu verwandt werden, um die Wirtschaft aus der Krise heraus zu steuern. Er wird heute zum Gegenteil benutzt: zur Erhaltung bankrotter Betriebe, zur Niederhaltung der Massenkaufkraft.

Wie lange wird das mit den alten Mitteln noch möglich sein? Zu welchen neuen Mitteln wird die Junkerregierung greifen? Die englische Regierung hat, wie ein englischer Mitarbeiter gleichzeitig darstellte, einen kühnen Schritt getan zur Entlastung der Staatskasse. Welche kühnen Schritte zur Rettung deutscher Großgrundbesitzer und Kapitalisten wird die Regierung Schleicher-Papen versuchen? Auf die vorhandenen Möglichkeiten werden wir demnächst im „Funken“ eingehen. Rpt.

## Europäisches Stickstoffkartell.

Vertreter der Stickstoffproduzenten in Deutschland, England, Norwegen, Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Tschechoslowakei, Polen und der Schweiz haben in Paris ein europäisches Stickstoffkartell gegründet.

Das Kartell ist zunächst ein Gebiets-Kartell: Jedem Kartellmitglied bleibt die Versorgung des heimischen Marktes vorbehalten. Die zur Deckung des Stickstoffbedarfes noch fehlenden Mengen werden von einer neugegründeten Zentralstelle des Stickstoffkartells geliefert. — Die Exportmärkte sind quotenmäßig aufgeteilt. Der Kartellvertrag läuft zwei Jahre.

Das europäische Stickstoffkartell hat Verhandlungen mit der Salpeter-Industrie in Chile aufgenommen: Dank der unnachgiebigen Haltung der chilenischen Regierung wird hoffentlich eine Einigung nicht zu Stande kommen. Die Stickstoffverbraucher (zum Beispiel die Kunstdünger kaufenden Landwirte) werden also vielleicht einen gewissen Vorteil davon haben, daß die Konkurrenz zwischen dem

natürlichen Stickstoffdünger, der vor dem Krieg allein den Markt beherrschte, und dem künstlich erzeugten Stickstoffdünger bestehen bleibt. Doch haben die europäischen Regierungen es leider völlig in der Hand, die Einfuhr der natürlichen Konkurrenzprodukte auszuschließen.

### Achtung! Separatismus!

„Je schwerer die Zeit, desto nötiger ist Zusammenhalten. In Bayern fährt jeder bayerische Gummibereifung!“

Diese Anzeige lesen wir in der sozialdemokratischen „Münchener Post“. Mit wem wollen die bayerischen Sozialdemokraten zusammenhalten? Anscheinend wird ihre Presse mit den bayerischen Gummireifenfabrikanten durch die Bezahlung von Anzeigen zusammengehalten!

Wie soll übrigens der zweite Satz wahr werden? Sollen bayerische Sozialdemokraten, sofern sie Auto fahren, an der Grenze die Gummireifen wechseln? Denn jeder Württemberger Patriot fährt natürlich Württemberger Reifen!